

Liebe Genossen und Freunde,

es gibt Leute, die meinen, Demokratie sei nicht viel mehr als eine Kiste. 90 cm hoch und 35 cm breit. Oben hat die Demokratie einen Deckel mit Schlitz und in der Tat: Alle paar Jahre, in Deutschland immer an einem Sonntag, kommen viele Leute zu diesen Kisten. Die Kiste heißt Urne, also genau so wie das Gefäß auf dem Friedhof, in dem die Asche von Verstorbenen aufbewahrt wird.

„Wahlurne“ - das klingt nach Beerdigung und so als würde unsere Demokratie am Wahltag beerdigt werden. Aber das Gegenteil ist der Fall. Wahlen sind die Geburtstage der Demokratie und um in diesem Bild zu bleiben ist der vorausgehende Wahlkampf so etwas wie die Zeit der Glückwünsche.

Aber man täuscht sich, wenn man meint, Demokratie findet nur alle 4 oder 5 Jahre bei einer Wahl statt. Sie ist nicht beschränkt auf einen Tag, sondern findet im Einmischen und Anteilnehmen an Entscheidungen jeden Tag statt.

Demokratie ist das erfolgreichste, beste und friedlichste Betriebssystem, das es für ein Land gibt. Es ist ein Betriebssystem, bei dem alle, die in einem Land wohnen, etwas zu sagen haben: Jeder hat eine Stimme, keiner ist mehr wert als der andere, alle sollen mitbestimmen, was zu geschehen hat.

Demokratie funktioniert dann gut, wenn die Menschen von ihrem Recht zur Teilhabe Gebrauch machen und sie gelingt weniger gut und kann sogar misslingen, wenn sich viele Menschen aus der Politik heraushalten und ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte schlichtweg nicht gebrauchen. Der Verzicht auf die Wahl ist ein Misstrauensvotum, das die Demokratie ernst nehmen muss.

Parteienverdrossenheit ist einer der Gründe, aber auch Armut und Hoffnungslosigkeit. Menschen klinken sich aus, weil sie arbeitslos sind und das Gefühl haben, nicht mehr gebraucht zu werden. Und die Armut in Deutschland hat heute viele Gesichter: Da ist der arbeitslose Akademiker, da ist der Gelegenheitsarbeiter, der wegrationalisierte Facharbeiter und da sind die schon immer zu kurz gekommenen am Rand der Gesellschaft, da ist die alleinerziehende Mutter, die den Sprung ins Berufsleben nicht mehr schafft. Da ist der überflüssig gewordene Bankangestellte, der sein Haus verloren hat und nun von ALG II lebt, da sind die Einwanderkinder, die nicht aus ihrem Ghetto heraus kommen, da sind über 300.000 in Deutschland lebende Obdachlose. Die Armut in Deutschland ist eine andere als die in Kalkutta. Die Armen in Deutschland sind relativ Arme, das heißt im Verhältnis zu den übrigen Teilen der Gesellschaft benachteiligte Arme. Die Armen in Deutschland haben miteinander wenig gemeinsam. Es gibt nicht mehr die eine arme Klasse wie im 19. Jahrhundert, die sich zusammenschließen könnte und stolz für ihre Rechte streitet und in der sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln könnte.

In einem der reichsten Länder der Welt wächst die Diskrepanz zwischen Arm und Reich, diese Diskrepanz ist gefährlich für unsere demokratische Gesellschaft. Diese Diskrepanz stört und zerstört das Systemvertrauen, das Vertrauen in das System Demokratie und in deren Institutionen.

Die Demokratie braucht aber das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger, und zwar nicht nur von denen, denen es relativ gut geht, sondern von der breiten Masse der Bevölkerung.

Vertrauen ist nichts anderes als die Währung der Demokratie. Das Vertrauen, das die Menschen der Demokratie entgegen bringen, ist ihr Kapital. Und deshalb ist es brandgefährlich, wenn demokratische Politiker das in sie gesetzte Vertrauen verspielen. Das ist im Übrigen auch der Kollateralschaden in der Edathy-Affäre, den unser Land erlitten hat.

Vertrauen ist der Anfang von allem, das hat nicht nur die Deutsche Bank 1995 in ihrem Werbeslogan erkannt und später das in sie gesetzte Vertrauen gefährlich verspielt. Auch Angela Merkel hat die

Bedeutung von Vertrauen erkannt. Nicht umsonst hat sie sich im einzigen Fernsehduell vor der Bundestagswahl an die Zuschauer mit den Worten gewandt: „Sie kennen mich doch.“

Es gibt Gesetze und rechtsstaatliche Institutionen, die genießen in Deutschland ungeheuer viel Vertrauen: Das Grundgesetz und das Bundesverfassungsgericht zum Beispiel. Und es gibt staatliche Institutionen, die sehr wenig Vertrauen genießen. Der Verfassungsschutz zum Beispiel.

Und was ist mit den Landtagen, dem Bundestag sowie den Regierungen auf Landes- und Bundesebene? Sie liegen auf der Vertrauensskala der Menschen zwischen Bundesverfassungsgericht und Verfassungsschutz, vermutlich näher am letztgenannten.

Und was ist mit den Kommunalpolitikern? Erfreulicherweise genießen sie häufig ein höheres Vertrauen, Tendenz jedoch abnehmend, weil es immer weniger gelingt, den Menschen die Komplexität von Entscheidungsprozessen einerseits und die Zwänge aus Finanzierungsfragen andererseits transparent zu machen. Wir sehen, dass auch hier das Vertrauen bröckelt und ich frage mich daher, was das besondere Erkennungszeichen, das ganz und gar Unverwechselbare unseres Rechts- und Sozialstaats ist.

Es sind drei Dinge: Erstens ein ausgeprägtes Freiheitsbewusstsein, also der Stolz auf die eigenen Bürgerrechte. Zweitens das Bewusstsein von sozialer Gerechtigkeit, also das Grundgefühl, dass es einigermaßen gerecht zugeht in unserem Land. Und drittens: Der Glaube daran, dass man in der Demokratie die Zukunft miteinander gestaltet, dass also Demokratie keine Eliteveranstaltung ist. Auf diesen 3 Säulen ruht unsere Demokratie und alle drei Säulen bröseln und wackeln – aus verschiedenen Gründen. Das irritiert die Menschen und bereitet Unbehagen und damit hängt der stabilste politische Trend in Deutschland zusammen: Der Trend zum Nichtwählen. Der Trend zum Nichtwählen ist die Schlafkrankheit der Demokratie. Und jeder, der diesen Trend schürt und bedient, sollte genau wissen, woran er Feuer legt.

Die Partei der Nichtwähler ist die größte Partei in Deutschland. Gefährlich wird es dann, wenn sich Nichtwähler dauerhaft aus dem demokratischen System zurückziehen. Dann leidet die demokratische Legitimation und selbst aus stattlichen Prozenten werden potemkische Dörfer: Würden schon jetzt die Nichtwähler wie eine Fraktion gerechnet und die Zahl der zu besetzenden Sitze entsprechend sinken, dann wären viele Parlamente und auch der Delitzscher Stadtrat nur noch halb so groß. Eine halbierte Volksvertretung ist eine prekäre Volksvertretung. Und eine Demokratie, zu der immer mehr Menschen auf Distanz gehen, ist eine schlechte Demokratie. Eine gute Demokratie schickt die Menschen nicht in den Schlaf, sondern weckt sie auf. Das Grundgesetz ist nicht als Schlaftablette gemacht worden. Es war ein Stärkungspräparat und wenn es als solches nicht mehr funktioniert, dann muss man überlegen, woran das liegt.

„Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – so steht es in der Präambel der schweizerischen Verfassung. Das ist ein mutiger Satz, denn oft wird die Stärke einer Volkswirtschaft am Bruttosozialprodukt oder am Exportüberschuss gemessen. Kaum jemand sagt „starker Staat“, wenn er die Verknüpfung von Sozial- und Bildungspolitik meint.

Kritiker verwechseln soziale Gerechtigkeit oft mit absurder Gleichmacherei. Das Übel, dass manche Leute ein schlechtes Leben führen, besteht nicht darin, dass andere Leute ein besseres Leben führen. Das Übel besteht vor allem darin, dass schlechte Leben schlecht sind. Und das Gute ist, dass auch mittels derer, die ein besseres Leben führen, denjenigen geholfen werden kann, deren Leben schlecht ist.

Wenn der Staat schon nicht dafür sorgen kann, dass alle Kinder in geordneten Verhältnissen geboren werden, dann muss er wenigstens dafür sorgen, dass sie sodann die Förderung erfahren, die sie

brauchen. Soziale Gerechtigkeit kann nicht an den Markt delegiert werden. Und genau aus dieser Grundüberzeugung heraus war uns Sozialdemokraten die Sanierung der Delitzscher Kitas so ein elementar wichtiges Anliegen. Deshalb haben wir Druck gemacht und waren erfolgreich! Ohne uns wäre die Diesterweg-Grundschule noch lange nicht saniert worden. Es gäbe den Hort am Rosengarten nicht. Ohne unsere Intervention wäre kein Neubau der Kita Zauberhaus gebaut worden und wir waren es, die dafür gesorgt haben, dass die Kita Freundschaft teilsaniert wird.

Aber die Entwicklung der Kinder hört ja mit 6 Jahren nicht auf. Was nützt es uns denn, wenn die Kinder in schönen hellen Kita-Räumen eine gute Förderung in den ersten 5 bis 6 Lebensjahren erfahren und später dann all die Nachteile der DDR-Schulbauarchitektur erleiden müssen? Genau deshalb haben wir uns stark gemacht für den Neubau oder die grundlegende Sanierung der Mittelschule Delitzsch Nord. Wir wollen, dass unsere Kinder in Delitzsch ein modernes, freundliches und altersgerechtes Lernumfeld bekommen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich Schüler und Lehrer wohl in ihrer Schule fühlen, denn das ist die Voraussetzung für erfolgreiches Lernen und für die Ausbildung von sozialen Kompetenzen. Und deshalb ist es richtig, dass Delitzsch sich entschieden hat, die grundlegende Sanierung der Oberschule Nord zu ihrem zentralen Investitionsprojekt in den nächsten 5 Jahren zu machen. Aber ohne unsere Fraktion wären wir niemals so weit gekommen. Und jetzt müssen wir dran bleiben, denn ohne eine starke SPD-Fraktion im Stadtrat besteht die reale Gefahr, dass das Projekt wieder geschoben und zerredet wird. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen!

Ein Sozialstaat ist ein Staat, der gesellschaftliche Risiken, für die der einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Er verteilt, weil es nicht immer Manna regnet, auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf Augenhöhe begegnen. Der Sozialstaat ist eigentlich der große Ermöglicher. Jedoch muss man im Lichte der Wirtschaftskrise und insbesondere der sächsischen Misere um die Landesbank, ausgelöst durch großwahninsinne Spekulationen im Auftrag der CDU-Landesregierung, eben festhalten, dass der Staat auch viel Falsches gemacht hat. Die 5 Milliarden Euro, die der Freistaat jetzt in der Folge des fällig Werdens von Bürgschaften schrittweise aufbringen muss, fehlen uns in den Kommunen bei den Investitionen in unsere Einrichtungen.

Ob es um Schimmelwände im Klo im Kindergarten geht oder darum, warum so viele Lehrer im Freistaat fehlen und wertvoller Unterricht ausfällt oder warum wir unseren Park nicht saniert bekommen: Völlig zurecht sagen die Menschen: Für die Banken habt ihr die Milliarden, aber nur ein paar Knöpfe für soziale Zwecke. Das empfinden die Menschen als ungerecht und es ist ungerecht.

Es ist doch so: Wenn Familie Müller schlecht wirtschaftet, kommt der Gerichtsvollzieher. Wenn die Firma Huber schlecht wirtschaftet, kommt der Konkursrichter. Wenn aber eine Großbank schlecht wirtschaftet, dann kommt der Finanzminister und rettet die Bank. Und wenn der Finanzminister schlecht wirtschaftet, so wie bei uns in Sachsen geschehen, dann haftet sowieso der Steuerzahler, also wir alle.

Aber wir Steuerzahler haften nicht nur für die Sünden anderer. Auch eigene Projekte können sehr belastend werden. Wir hatten gleich zum Beginn der Legislatur die sehr harte Diskussion um einen 500.000 Euro Zuschuss für die ehemaligen Concorden. Heute wissen wir, dass der Verein auch mit den 500.000 Euro verloren gewesen wäre und das Geld lediglich das Leiden noch um einige Wochen verzögert hätte. Eine unfähige Vereinsführung hat den Traditionsverein in die Krise und in den Untergang geführt. Wir haben in der SPD-Fraktion mehrheitlich gegen den Zuschuss gestimmt und

damit letzten Endes der Stadt einen Verlust von einer halben Million Euro erspart. Das war damals eine mutige und sehr harte Entscheidung, aber sie war richtig.

Und wir haben uns auch nicht dem Wunschdenken zum Neubau einer Stadtmühle hingegeben. Sicher wäre dieses Objekt eine architektonische Bereicherung der Stadt gewesen. Aber unsere Stadt kann sie sich einfach nicht leisten. Und ich sage, solange nicht alle Kinder in vernünftigen Klassenräumen lernen können und solange wir in den Kitas noch immer alte DDR-Standards in den sanitären Einrichtungen vorfinden, solange wird es mit uns keine Fantasieprojekte geben: Erst die Pflicht, dann die Kür, so macht man es im Sport und so sollten wir es auch halten, liebe Genossinnen und Genossen!

Und an diesen beiden Beispielen lassen sich einfach die Unterschiede zwischen der Politik einer Freien Wählergemeinschaft und unserer Partei aufzeigen. Uns geht es darum, das Gemeinwesen unserer Stadt als Ganzes voran zu bringen. Nicht wer am lautesten schreit, bekommt unser Gehör, sondern derjenige, wo der Bedarf am größten ist.

Wir müssen langfristig denken und handeln in unserer Stadt. Gerade weil wir mit immer niedrigeren Förderzuwendungen vom Freistaat rechnen müssen. Wir müssen das uns geschenkte Vertrauen der Bürger vermehren, indem wir glaubwürdig an der Verbesserung unserer Ziele arbeiten.

Lasst uns deshalb in unser Programm „Zukunftsstadt Delitzsch“ von vor 5 Jahren schauen und Bilanz ziehen.

Wir haben versprochen, uns um eine lebendige Bürgergesellschaft zu kümmern. Damals haben wir geschrieben, dass eine lebendige Bürgergesellschaft staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen und ergänzen kann.

Die SPD-Fraktion ist in den vergangenen 5 Jahren keinem Streit im Rathaus aus dem Weg gegangen. Wir haben mehrfach Korrekturen im Haushalt und eine grundsätzliche Neuausrichtung auf Schulen und Kitas erreicht. Mit Steffen Penndorf und Siegfried Schönherr haben wir die beiden profiliertesten Kenner des Delitzscher Haushalts auf Stadtratsseite in unserer Fraktion. Nie zuvor wurde der Haushalt so stark kontrolliert und beeinflusst von Stadträten, maßgeblich unserer Partei, wie in der letzten Legislatur.

Und wir haben den Bürgern ein Forum gegeben. An der Bürgerbefragung haben sich rund 500 Delitzscher beteiligt und auch unsere Bürgerkonferenz können wir auf der Haben-Seite verbuchen. Also fasse sich zusammen: Eine lebendige Bürgergesellschaft haben wir in Delitzsch und wir werden als SPD-Fraktion weiter daran arbeiten.

Wenn aber unser Herr Oberbürgermeister in seinen Sonntagsreden mehr bürgerschaftliches einfordert, wollen wir ihm entgegen halten: Was tut er konkret, um es zu befördern? Bürgerschaftliches Engagement wächst und gedeiht dort, wo Bürger sehen, dass sich Initiative lohnt. Dass man etwas erreichen kann und sich etwas ändert. Ich wünsche mir deshalb von unserem Oberbürgermeister mehr Eingehen auf die Wünsche des Stadtrates. Nicht nur unter Druck, sondern auch einfach mal, weil Ideen einfach gut sind.

Es ist doch so und wie oft haben wir die Erfahrung gemacht: Will der Stadtrat etwas, ist dafür kein Geld da. Will der OB etwas, zum Beispiel eine Landesgartenschau oder ein Landeserntedankfest, findet unserer Kämmerer das Geld. Diese Art des Umgangs frustriert und unser Oberbürgermeister kann froh und dankbar für unseren Idealismus und den Glauben ans Gute im Menschen in unserer Fraktion sein.

Wir haben im letzten Wahlprogramm versprochen, uns für starke Kultur- und Sportvereine einzusetzen. Deshalb haben wir erfolgreich beantragt, die Pro-Kopf-Förderung für die Vereine aufzustocken. Das ist konkrete Hilfe, die ankommt. Und wir haben den Umzug der Judo-Sportfuchse in ihr neues Domizil an der Grundschule Delitzsch Ost überhaupt mit ermöglicht.

Den Verzicht auf die Nutzungsgebühren für die Stadtbibliothek für Kinder und Jugendliche haben wir selbstverständlich mitgetragen und wir unterstützen auch, trotz einiger Bedenken, den Zuschuss für das Delitzscher Kino, denn wir wollen die Kultur in Delitzsch fördern.

Ein wichtiger Punkt unseres Wahlprogramms ist das Gemeinwohl gewesen. In diesem Kontext haben wir konstruktiv die Rekommunalisierung der Technischen Werke begleitet. Die TWD gehören mehrheitlich in unsere Hand und dafür haben wir erfolgreich die Weichen geholfen zu stellen.

Unser wichtigster Punkt ist jedoch die kinderfreundliche Stadt gewesen. Wir Sozialdemokraten haben gesagt, dass innerhalb der nächsten 5 Jahre alle Schulen, Kindergärten und Turnhallen auf bundesdeutschem Standard sein sollten. Auf dem Weg zu diesem Ziel sind wir große Schritte vorangekommen, aber wir haben es noch nicht erreicht. Dafür brauchen wir weitere Zeit.

Aber wir haben schon viel erreicht: Die Nordschule wird jetzt konkret geplant, die Kita Zauberhaus wurde neu gebaut, die Grundschulen am Rosenweg und die Diesterweg-GS wurden saniert. Außerdem wurde die Turnhalle der GS Ost neu gebaut. Das ist eine ganze Menge, liebe Genossinnen und Genossen und viel mehr als jede andere Stadtratsfraktion in der Vergangenheit erreicht hat.

Darauf dürfen und sollten wir stolz sein: Mit Unterstützung des gesamten Ortsvereins hatten wir die erfolgreichste SPD-Fraktion im Delitzscher Stadtrat. Wir haben uns an Sachthemen gerieben und so viel erreicht wie nie zuvor. Daran wollen und müssen wir weiter arbeiten, damit die Delitzscher lange davon profitieren können. Und auch das unterscheidet uns von anderen. Während die Freien Wähler als Wahlziel „20 plus X“ ausgeben und damit sehr deutlich machen, dass es ihnen nur um die Macht geht, sagen wir unser Wahlziel ist ein schöneres und gerechteres Delitzsch! Unser Ziel ist es, die Demokratie zu stärken, dafür kandidieren wir Sozialdemokraten, für eine bessere Stadt und für mehr Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und nicht nur für einzelne privilegierte Gruppen.

Wir haben aber auch mehr Sicherheit gefordert. Die nächtliche Terrorisierung der Innenstadt durch Verkehrsrowdys sollte ein Ende haben. Aufgrund unserer Anfragen haben verstärkte Kontrollen in der Innenstadt stattgefunden und die gesamte Innenstadt wurde zur Tempo-30-Zone erklärt. Das mag nicht jedem gefallen, aber ich höre keine Klagen von Anwohnern über nächtliche Rennen mehr.

Wir haben versprochen, uns für stabile Gebühren und für den baldigen Rückkauf der TWD-Anteile einzusetzen. Die städtischen Gebühren für Wasser und Abwasser sind seit Jahren stabil, auf unsere Initiative hin hat die TWD vor Jahren den neuen Preiswerten Tarif TWD online eingeführt und die TWD-Anteile liegen wieder mehrheitlich in städtischer Hand.

Schließlich hatten wir unserem alten Wahlprogramm versprochen, uns für Kreisverkehre einzusetzen. Der Kreisverkehr am Nordplatz ist jetzt in Planung und an der sogenannten Todeskreuzung B183/Umgehungsstraße wird die Planung für einen Kreisverkehr vorbereitet.

Wir sind für die Vernetzung aller Radwege sowie die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes eingetreten. Auch das haben wir umgesetzt. Das Radverkehrskonzept wurde überarbeitet und bildet die Grundlage unserer städtischen Radverkehrspolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in der ablaufenden Legislatur als Delitzscher SPD an Kontur gewonnen, wir werden ernst genommen und wir können gestaltenden Einfluss nehmen. Und wir laden alle Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich ebenfalls einzubringen.

Lasst mich meine Gedanken abschließend zusammenfassen. Manchmal stelle ich mir unsere Demokratie als einen Apfelbaum vor, Jahrzehnte alt, eigentlich ganz gut gewachsen, knorrig, aber da und dort verdorrt und krankheitsanfällig. Beim Apfelbaum überlegt der Obstgärtner dann, ob und wie er ihn verbessern kann. Er pflöpft dem alten Baum neue Zweige ein, die Edelreiser heißen. Wenn er das ordentlich macht, trägt der Baum ein paar Jahre später wieder gute Früchte. Idealerweise funktioniert unsere Demokratie genauso: Wir Bürger sind die Gärtner und müssen uns um sie kümmern. Dazu bedarf es einer stärkeren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und der Einsicht ebendieser, dass die Einmischung auch notwendig ist. Auch und gerade in einer Partei, die als Brutkasten im allerbesten funktionieren kann und sollte.

Demokratie ist eben keine Veranstaltung, die alle paar Jahre zum Wahltermin stattfindet. Elite – das sind nicht diejenigen, die sehr viel Geld oder Macht haben. Elite, das sind diejenigen, die ihre Zeit der Demokratie widmen. Die sich einmischen und einbringen. Das kostbarste Kennzeichen eines Gemeinwesens, das dem Gemeinwohl verpflichtet ist und das auch bleiben will, ist das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Demokratie muss die zivilgesellschaftliche Kraft dieser unserer Gesellschaft viel stärker nutzen, als sie es bisher tut.

Ein erster Schritt ist es, die eigene Rolle und die eigene Aufgabe zu finden. Nicht jeder kann alles, aber der aufrechte Gang, die Zivilcourage und die Stärkung unserer Demokratie fängt damit an, etwas zu tun. Deshalb möchte ich mich vor allem bei all denjenigen Bewerberinnen und Bewerbern bedanken, die heute das erste Mal für ein Stadtratsmandat antreten.

Es gibt, wir kennen das alle, immer viele Gründe, etwas nicht zu tun. Häufig werden die Arbeit, der Stress und die fehlende Zeit aufgeführt. Aber es gibt eben auch den einen wichtigen Grund, warum man etwas tun sollte. Und den habt ihr gefunden und höher gewichtet dafür möchte ich allen Bewerbern herzlich danken. Schon allein mit Eurer Kandidatur helft ihr, unsere Demokratie zu fördern und setzt einen kleinen Zweig in den knorrig alten Baum ein.

Ich wünsche mir für die kommenden 3 Monate des Wahlkampfes ein engagiertes Streiten für unser Wahlprogramm. Wir Sozialdemokraten werden uns auf unsere Themen konzentrieren: Gute Arbeit, gute Infrastruktur, gerechte Bildungschancen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das konkrete Wahlprogramm werden wir am kommenden 15. März erarbeiten und anschließend veröffentlichen.

Lasst uns im Wahlkampf geschlossen um jede Stimme kämpfen. Es lohnt sich, denn wir haben den Wählern ein hervorragendes Personalangebot zu machen. Wir haben Finanzexperten und Sozialexperten, wir haben Lehrer, Arbeiter, Studenten, Unternehmer und sogar einen waschechten Professor an Bord. Wir haben ältere und junge Menschen dabei, alte Stadtratshasen und neue Gesichter. Ich bin sehr stolz auf unsere Liste. Aber behalten wir im Auge: Wir wollen nicht unserer selbst wegen gewählt werden, sondern auf die Inhalte kommt es an. Wir stellen uns der Wahl weil wir die angefangenen Projekte weiter voran bringen wollen.

Mit uns wird die Oberschule Nord komplett saniert, mit uns wird es keine Schließung des Freibades geben, mit uns hat weiter das Soziale Vorrang im städtischen Haushalt. Wir sind berechenbar, übernehmen Verantwortung und entscheiden auf der Basis eines gefestigten Wertesystems, nämlich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das zeichnet uns Sozialdemokraten aus, dafür kämpfen wir, hier in Delitzsch und überall sonst in der Republik. Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit.

Hinweis: Die Überlegungen zur Demokratie stammen aus der Rede von Heribert Prantl auf dem Zukunftskongress der SPD Sachsen vom 25.1.2014